

„Eine gefährliche Arena für den Meinungsaustausch“

Fast überall in Asien geraten anonyme Onlinebeiträge ins Visier der Behörden

Das Internet entwickelt sich in vielen Ländern Asiens unter der jüngeren Bevölkerung zum Leitmedium. Weblogs, Onlineforen und Chaträume kreieren neue Plattformen zur Meinungsäußerung. Autoritäre Regierungen haben schon vor Jahren erkannt, dass die Kommunikation im Web eine ernsthafte Bedrohung für den Machterhalt darstellt. Auf kritische Onlinebeiträge unter Pseudonym reagieren auch Länder mit Meinungsfreiheit inzwischen aber sehr empfindlich. Am diesjährigen Tag der Pressefreiheit (3. Mai) steht für viele Beobachter in Asien deshalb die Internetzensur im Mittelpunkt.

Der Autor ist anonym. Die Taipei Times nennt ihn schlicht „Staff Reporter“. In seinem Artikel befürchtet er einen schweren Rückschlag für die chinesisch-taiwanesischen Beziehungen. Der Grund für die drohenden Verwicklungen ist eine sensationelle Enthüllung: Tuan Tuan und Yuan Yuan, die beiden Pandabären im Zoo von Taipei, seien, so der Reporter, eine Fälschung! In Wahrheit handele es sich um zwei Exemplare der seltenen Wenzhou-Braunbären. Das für Pandabären so charakteristische schwarzweiße Fell sei nicht echt, sondern aufgemalt! Ein enttäuschter Souvenirhändler vor dem Eingang des Zoos wird in dem Artikel mit der Forderung zitiert, China müsse sich für die gefälschten Pandas entschuldigen. Denn von dort kamen die knuddeligen Gesellen im Dezember letzten Jahres – als offizielle Geschenke der chinesischen Regierung an Taiwan!

Der Abgeordnete Wu Yu-sheng war nicht über China, sondern über den Artikel empört. Seine Partei, die regierende Kuomintang, setzt sich für eine Verbesserung der Beziehungen zwi-

schen Taiwan und der Volksrepublik ein. Was die Taipei Times da behauptete, sei „die Unwahrheit und entbehre jeder Grundlage“, entristete sich der Abgeordnete Wu. Und er hatte Recht! Aber was sonst soll man erwarten bei „gefärbten Braunbären“, über die anonyme Journalisten berichten – und das ausgerechnet am ersten April?

Im Internet machte die Geschichte schnell die Runde. CNN, das Time Magazine, die Times – sie alle griffen die Story auf. Zahllose Anrufer aus aller Welt erkundigten sich beim Tierpark in Taipei nach Einzelheiten. Unter der Onlineversion des Zeitungsartikels blinkt in großen Lettern der Hinweis „Happy April Fools’ Day!“ – nach über 30.000 Seitenaufrufen.

Der Zoodirektor wusste natürlich sofort, dass der Artikel erfunden war. Er brachte ihn auch gleich mit dem ersten April zusammen. „Aber“, fügt Direktor Yeh an, „ich glaube nicht, dass eine Zeitung riskieren sollte, mit einer solchen Geschichte ihre Glaubwürdigkeit zu beschädigen, einfach nur, um die Menschen zum Lachen zu bringen“. Immerhin könne der Beitrag „die Öffentlichkeit in die Irre führen“.

Bei Falschinformationen und Verfremdung endet der Onlinespaß

Was aus dem Munde des nach all dem Medien-trubel wohl schon etwas entnervten Zoodirektors von Taipei schon fast wieder lustig wie die ultimative Forderung nach Abschaffung aller Aprilscherze klingt, berührt im Kern die Presse- und Meinungsfreiheit. Es geht um die Grenzen der Freiheit, vor allem im Internet. In Südkorea beschäftigte eben diese Frage jetzt die Gerichte. Dort hieß der Autor nicht „Staff Repor-



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ASIEN

PAUL LINNARZ

Mai 2009

www.kas.de/asienmedien

www.kas.de

ter“, sondern Minerva. Und nicht um „gefälschte Pandabären“ aus China ging es, sondern um den Umgang der südkoreanischen Regierung mit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise.

Park Dae-sung, der sich unter dem Pseudonym „Minerva“ wahlweise als Finanzexperte, Regierungsbeamter oder als alter Bauer ausgab, ging in zahllosen Internetbeiträgen mit dem Kabinett in Seoul und dessen Finanzpolitik hart ins Gericht. Nach seiner Verhaftung im Januar stellte sich der Blogger als 31-jähriger Arbeitsloser heraus und erwies sich wenigstens ein Teil seiner Behauptungen in der Sache als völlig substanzlos. Die Staatsanwaltschaft forderte 18 Monate Haft wegen der Verbreitung von Falschinformationen mit dem Ziel, das Finanzsystem zu untergraben. Der Richter sprach den Angeklagten Ende April frei, weil zwar viele Informationen in der Tat falsch gewesen seien, dem Autor aber keine böse Absicht unterstellt werden könne, allenfalls Ahnungslosigkeit.

Ganz anders Thailand: Ein Gericht in Bangkok verurteilte den 34-jährigen Suwicha Thakhor Anfang April zu zehn Jahren Haft. Thakhor hatte Bilder des thailändischen Königs und von dessen Familie verfremdet und 2008 unter einem Pseudonym ins Internet gestellt. Damit verstieß der Vater dreier Kinder nach Auffassung des Gerichts gleich gegen zwei Gesetze: Jedwede Verunglimpfung des Königshauses steht in Thailand unter Strafe. Majestätsbeleidigung wird mit drei bis 15 Jahren Gefängnis geahndet. Darüber hinaus wendeten die Richter bei der Verurteilung in Verbindung mit dem „Lèse majesté“ zum ersten Mal das Gesetz gegen Computerkriminalität an. Es war im Juli 2007 noch unter der damaligen Militärregierung verabschiedet worden.

Reporter ohne Grenzen sprach in einer ersten Stellungnahme von einer Verletzung der freien Meinungsäußerung im Internet: „Die Haftstrafe gegen Suwicha Thakhor (...) steht in keinem Verhältnis zu der Tat, die ihm vorgeworfen wurde.“ Nach einem Bericht der Associated Press befürchtet Supinya Klangnarong, Koordinatorin des Thai Netizen Network, „(das Urteil) könnte viele User beeinflussen, die aktiv an politischen Online-Debatten teilnehmen. Für sie könnte das Internet jetzt eine gefährliche Arena für den Meinungsaustausch werden.“

Dabei kann aus Sicht vieler Behörden von einer offenen „Arena“ kaum mehr die Rede sein.

Weblogs und Onlineforen - Meinungsbildung im Netz

Mit dem Web 2.0 gleicht das Internet einem virtueller „Basar“ für die Meinungsbildung, quirlig, verwinkelt, von engen Gässchen durchzogen, mit unzähligen Buden und vor allem: immer weniger kontrollierbar. Jedenfalls gilt das für das Nutzungsverhalten und die Informationsbeschaffung der User.

Studenten in Taiwan verbringen, das ergab Ende letzten Jahres eine gemeinsame Studie dreier Universitäten des Landes, täglich im Durchschnitt fünf Stunden im Internet, an den Wochenenden noch mehr. Da 40 Prozent der Umfrageteilnehmer über ein Mobiltelefon der dritten Generation (3G) mit Internetzugang verfügen, „surfen“ die Studenten auch an der Bushaltestelle oder in der Cafeteria. Der „Chat“ mit Kommilitonen und Freunden steht beim Besuch im Netz an oberster Stelle. Verabredungen werden per SMS oder Twitter getroffen.

Diskussionsforen und Blogs gehören für fast drei Viertel der User zur täglichen Onlinelektüre. Jeweils bis zu drei Stunden verfolgen die Studenten, was sich in den Tagebüchern anderer Nutzer so tut. 70 Prozent aller Universitätsstudenten in Taiwan pflegen ein eigenes Weblog. Auf die Frage, warum sie so freimütig ihr Leben und ihre Meinungen im Internet veröffentlichen, gaben fast 80 Prozent der Umfrageteilnehmer an, auf diese Weise den Stress des Alltags abbauen zu können.

Vielleicht war für Park Dae-sung der Wunsch nach Aufmerksamkeit die Motivation. Vielen Südkoreanern galt „Minerva“ jedenfalls als Prophet. Nach Ansicht seiner Online-Fans hatte der Blogger in einem seiner pseudonymen Beiträge den Zusammenbruch der amerikanischen Lehman Brothers vorhergesagt. Die Schwierigkeiten der Investmentbank waren zwar längst bekannt, die Web-Community sah in dem betreffenden Posting nachträglich jedoch eine Weissagung. Das wiederum weckte das Interesse einiger Zeitungen an Minerva und machte den rätselhaften Finanzguru erst recht bekannt. Das Fachgesimpel des Bloggers war der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ASIEN

PAUL LINNARZ

Mai 2009

www.kas.de/asienmedien

www.kas.de

südkoreanischen Regierung spätestens in dem Moment zuviel, als die Landeswährung Won kurz vor Jahresende für einen Tag deutlich an Wert verlor. Im späteren Prozess machte die Staatsanwaltschaft dafür Park Dae-sung verantwortlich. Er hatte sich im Dezember online kritisch zum Devisenhandel geäußert.

„Smart Mobs“ und „Social Networking“ – die neuen Formen der Mobilisierung

Die Heftigkeit, mit der Politik und Justiz auf kritische oder missliebige Onlinebeiträge reagieren, hängt stark von der innenpolitischen Lage des jeweiligen Landes ab. Für ihren Aprilscherz über die beiden Pandabären vom Festland sollte sich die Taipei Times öffentlich entschuldigen. Das Blatt weigerte sich. Dabei blieb es bis jetzt. Für Leon Chuang, Vorsitzender der taiwanesischen Journalistenvereinigung, kein Grund zur Beruhigung: „Wir sind gezwungen, die Welt durch die Augen Chinas zu sehen, und einige Leute glauben, das sei eine „globale Perspektive“.“ Auch wenn dies vielen Menschen nicht bewusst sei, befinde sich die Meinungsfreiheit in Taiwan auf dem Rückzug.

Das Verfahren gegen Park Dae-sung alias Minerva in Südkorea lässt sich wiederum nicht trennen von den anhaltenden Massendemonstrationen im vergangenen Jahr. Wegen der wütenden Proteste gegen den Import von amerikanischem Rindfleisch hatte die südkoreanische Regierung im Juni 2008 kollektiv ihren Rücktritt angeboten. „Es waren“, schreibt die Onlinejournalistin Ida Grandas, „nicht die großen Zeitungen und Rundfunkunternehmen, mit denen sich die Menschen über die Proteste informierten, sondern sie besuchten Webcasts, Blogs und Internet-Communities.“ Und sie schrieben selbst, zahlreich, kritisch gegen die Regierung und nicht selten unter Pseudonym. So wie bis zuletzt Minerva. Das Wall Street Journal spricht von einem „dominierenden Merkmal der südkoreanischen Internetkultur“, mit dem die Blogger den Protest noch verstärkt hätten.

Die Folge: Wer auf einer südkoreanischen Internetseite seine Meinung veröffentlichen will, muss sich mit seinem richtigen Namen registrieren. Pseudonyme ohne eindeutige Zuordnung oder die Möglichkeit, den eigentlichen Autor zu identifizieren, sind verboten. Das Ge-

setz existiert zwar bereits seit 2005. Praktisch zeitgleich mit dem Freispruch des „prophetischen“ Bloggers Park Dae-sung wurde es jetzt jedoch auf Internetseiten ab 100.000 Besucher pro Tag ausgeweitet. Außerdem sind die Anbieter von Internetseiten und Portalen dafür verantwortlich, böswillige und beleidigende Kommentare zu löschen. Dazu muss keine Beschwerde vorliegen.

In Reaktion auf die neuen Bestimmungen hat Google seine aktiven Nutzer in Südkorea gewissermaßen „ausgesperrt“. Sie können auf die lokalen Seiten des Unternehmens, darunter auch die koreanische Version von YouTube, im Moment weder Kommentare noch Videos laden.

Für Thailand spricht der Zeitungsjournalist Kavi Chongkittavorn nach dem Urteil gegen den Blogger Suwicha Thakhor von einer „Kultur der Angst in der Bevölkerung“. Auch in Thailand wird aber nicht nur belangt, wer als Absender einer Mail, als Autor eines Berichts oder Teilnehmer eines Onlineforums im Internet selbst gesetzwidrige Inhalte veröffentlicht, der eigentliche Urheber also. Mit Strafe – und zwar nach dem gleichen Strafmaß – muss auch derjenige rechnen, der die Veröffentlichung der betreffenden Inhalte nicht verhindert hat. Das können Internet Service Provider (ISP) ebenso sein wie Universitäten, Schulen, Internet-Cafés und Medienunternehmen mit eigener Internetseite. Circa 5.000 Internetseiten wurden nach Angaben der BBC in Thailand unter dem Vorwurf der Majestätsbeleidigung bereits blockiert.